

Absender:



, den

Betreff: Zurückweisung Ihrer Ansprüche und Verhängung von Sanktionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie bitte dem beigefügten Schreiben in der Anlage entnehmen wollen, habe ich wegen der bereits grundgesetzwidrig erfolgten und den weiteren geplanten Waffenlieferungen sowie den Wirtschaftssanktionen seitens der Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND/Land) in Kriegsgebiete und der damit verbundenen Partei- bzw. Teilnahme an kriegerischen Auseinandersetzungen sowie der Provokation eines schweren Schadens unabsehbaren Ausmaßes für Deutschland von meinem Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz Gebrauch gemacht und alle rechtlich verpflichtenden Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND/Land) gekündigt.

Daher werden nachfolgende Sanktionen meinerseits gegenüber der Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND/Land) verhängt:

1. Es werden keinerlei finanzielle Leistungen meinerseits für die Kriegsvorbereitung, für die Kriegspropaganda, für die Lieferungen von Kriegsmaterial und für die Unterstützung von Wirtschaftssanktionen bereitgestellt.
2. Es wird Ihnen untersagt, meine personenbezogenen Daten durch Dritte zu verwenden, zu speichern, zu benutzen und an Dritte weiterzuleiten bzw. durch Dritte verarbeiten zu lassen (Verbot der Auftragsdatenverarbeitung).
3. Davon ist Ihre Verpflichtung unberührt, die diesseitigen Ansprüche dahingehend zu befriedigen, daß die Rückzahlung sämtlicher Ihnen nicht zustehender Gelder, die sie unberechtigterweise einbehalten oder gepfändet bzw. an Dritte weitergeleitet haben unverzüglich erfolgt. Ansonsten ist die Verwendung zur Nutzung zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Betroffenen, also gegen die natürliche oder die juristische Person, verboten.
4. Auch die Übermittlung, Nutzung und Verwendung meiner personenbezogenen Daten durch Dritte zur Pfändung und ähnlich gearteter Gewaltmaßnahmen wird hiermit wegen des fehlenden Unterwerfungsanspruchs mit sofortiger Wirkung untersagt.

Verstöße gegen diese meine Sanktionen und insbesondere gegen die Datenschutzbestimmungen berechtigen und ermächtigen mich, diese Ansprüche analog den Vorschriften der DS-GVO persönlich gegenüber der Behörde bzw. der Firma bei Nichteinhaltung u. a. gem. Artikel 83 DS-GVO geltend zu machen. Diesseits wird davon ausgegangen, daß Ihre Akzeptanz für diese Sanktionen gegeben ist, da wir der Annahme sind, daß Sie auch als Behörde bzw. Firma sowie als Bedienstete gegen jegliche Kriegsgefahr und einer Involvierung der Bundesrepublik Deutschland (BRD/BUND/Land) sind. Zur Abwicklung etwaiger Ansprüche wenden Sie sich bitte an das Bundespräsidialamt, da das Bundespräsidialamt für Sie nunmehr zuständig.

Mit freundlichen Grüßen